

Spandauer Wohnungsfürsorge.

Wir erhalten die folgenden Ausführungen vom Magistrat der Stadt Spandau:

Schon vor dem Kriege hat sich die Stadt Spandau die Förderung des Wohnungsbaues angelegen sein lassen. Sie hat der Charlottenburger Baugenossenschaft für eine Hypothek von 1 Million Mark auf eine Häusergruppe im Stadtteil Siemensstadt Bürgschaft geleistet. Ferner hat sie der Charlottenburger Baugenossenschaft auf deren Häuser im Stadtteil Neustadt drei Hypotheken von zusammen 757 000 Mark gegeben. Sie hat weiter zur Vergabe von Hypotheken überhaupt 2 Millionen Mark und zur Vergabe von zweiten Hypotheken eine halbe Million Mark bereit gestellt.

Unmittelbar vor Ausbruch des Krieges wurde im Stadtwald angrenzend an den Stadtteil Halensfelde eine umfangreiche Kleinhausfiedlung beschlossen und mit dem Bau begonnen. Während des Krieges sind hier 259 Kleinwohnungen unter Auswendung von 2 750 000 M. fertiggestellt und bezogen worden. Daneben wurde während des Krieges ein Versuch mit Wohnhäusern im Hochbau im Stadtteil Wilhelmstadt gemacht und dort sechs dreigeschossige Wohnhäuser mit 92 Kleinwohnungen für 893 000 M. hergerichtet. Zurzeit sind im Stadtteil Wilhelmstadt 26 Holzhäuser mit 108 Kleinwohnungen, die mit 1 392 000 M. veranschlagt sind, im Bau. In demselben Stadtteil wird der Bau von 400 Kleinwohnungen im Hochbau beabsichtigt. Der Plan ist vom Wohnungsausschuß festgestellt und wird in nächster Zeit die städtischen Körperschaften beschäftigen. Sie haben bereits die Geldmittel für Baustoffe bewilligt, 6 000 000 Stück Mauersteine stehen schon auf der Baustelle.

Vor kurzer Zeit haben die städtischen Körperschaften beschlossen, der neu gebildeten gemeinnützigen Baugesellschaft „Eigenheim“ Gelände neben der oben erwähnten Waldfiedlung für einen niedrigen Preis zu verlaufen. Ebenso wird die Stadt eine Baugesellschaft der Artillerie-Werkstatt Süd und der Siemenswerke kräftig unterstützen. Daneben ist eine Polizeiverordnung über die Benutzung der Dach- und Kellergeschosse zu Wohnzwecken in Bearbeitung. Die Stadt wird die Hauseigentümer, die einen derartigen Ausbau vornehmen, mit tilgbaren Darlehen zu niedrigem Zinssatz unterstützen. Außerdem wird eine Polizeiverordnung erlassen werden, die die Errichtung von bewohnbaren Gartenhäusern an unregulierten Straßen auf eine bestimmte Reihe von Jahren gestattet.

Nach alledem ist die Stadt erfolgreich bemüht, den in Spandau herrschenden Wohnungsmangel abzustellen. Sie rechnet allerdings dabei auf die Unterstützung mit Geldmitteln durch Reich und Staat, glaubt aber, bei ihren bisherigen Bestrebungen, die auch in Zukunft nicht nachlassen werden, jedes Zwanges durch einen freiwilligen oder angeordneten Wohnungszweckverband überhoben zu sein. Es kommt hinzu, daß auch die Militärverwaltung, die in erster Linie durch den stark gesteigerten Rüstungsbetrieb in Spandau den Wohnungsmangel hervorgerufen hat, für Wohnungsgelegenheit sorgt. Sie hat 342 Arbeiterinnen in zwei beschlagnahmten städtischen Schulen und ebensoviel Arbeiterinnen in neu erbauten Holzhäusern untergebracht. Außerdem haben die Siemenswerke und die Chemische Fabrik Griesheim Wohnräume für Arbeiterinnen geschaffen.